



Diözesanrat der Katholiken
im Bistum Aachen

„Solidarität und Gerechtigkeit gehören zum Herzstück jeder biblischen und christlichen Ethik“

(Sozialwort, 2)

Netzwerk für Mitgestaltung und Solidarität – so hat der Diözesanrat der Katholiken sein Selbstverständnis aus dem Satzungsauftrag heraus beschrieben.

Solidarität wahrzunehmen mit den Stimmlosen, Schwachen, an den Rand gedrängten ist der Auftrag aus dem Evangelium heraus. „Die Armen sollen mit Verlässlichkeit Erbarmen erfahren. Dieses Erbarmen drängt nach Gerechtigkeit.“ (Sozialwort, 13). Die Gerechtigkeit Gottes soll allen Menschen als frohe Botschaft verkündigt werden durch Wort und Tat.

Für den Diözesanrat als Institution des Laienapostolates ist Solidarität nicht ein überkommener Wert der alten Arbeiterbewegung, sie ist „Herzstück jeder biblischen und christlichen Ethik“. Sie fordert den Einsatz für das Leben und Wohlergehen aller Menschen. Daraus leitet sich ab, dass die Güter dieser Erde gerecht verteilt werden. Gerechtigkeit schafft Frieden. Solidarität lebt

aus der Überzeugung, dass alle Menschen in ihrer gleichen Würde anzuerkennen sind.

Solidarität beginnt nicht erst in Netzwerken und Zusammenschlüssen. Solidarität beginnt bei jedem Einzelnen, sie beginnt bei mir! In meiner Haltung und meinem Verhalten kann Solidarität ihren Anfang nehmen, vom Verhalten gegenüber meinem Nächsten, über verantwortliche Kaufentscheidungen bis hin zur organisierten Kampagne.

In dieser Ausgabe des Überblicks stellen sich Menschen und Projekte vor, die solidarisch handeln und sich organisieren. Es gibt sie, die Solidarität. Vielfältig, Regional, Global, im Kleinen, im Großen, „um die Ecke“ und anderen Kontinenten.

Wir wünschen viel Anregung, Erkennen, Fragen und auch Freude beim Lesen!

Renate Müller, Vorsitzende des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen



... AUS DEM INHALT

Treff am Kapellchen	S. 5
Ausbildungspaten in Bracht	S. 7
Eine-Welt Forum in Aachen	S. 9
Casitas biblicas in Bogotá	S. 11
Stopp dem Waffenhandel	S. 12
Pfarrgemeinderatstage	S. 14
Dialogprozess startet	S. 15

Solidarität macht glücklich

Warum es auf uns selbst ankommt – die Macht gesellschaftlicher Leitbilder

Die großen Zukunftsherausforderungen erfordern einen menschenrechtlichen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Auf dem Prüfstand stehen Rahmenbedingungen auf globaler und nationaler Ebene. Doch

die notwendigen Strukturreformen fallen nicht vom Himmel, sondern die Bürgerinnen und Bürger sind gefragt, den Wandel aktiv mitzugestalten und von der Politik einzufordern. Veränderungen kommen dann in

Gang, wenn viele Einzelne selbst aktiv werden, ihre persönlichen Handlungsmöglichkeiten als Konsumenten, Anleger, Arbeitnehmer und Arbeitgeber und nicht zuletzt als politische Staatsbürger reflektieren und wahrnehmen. Zugegeben, jeder Einzelne bewirkt mit seiner individuellen Entscheidung angesichts der höchst komplexen und vielfach ungünstigen globalen Strukturen relativ wenig. Können persönliche Verhaltensänderungen dann überhaupt etwas ausrichten? Sind sie nicht doch nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, mit dem wir unser Gewissen beruhigen, wie viele Skeptiker einwenden?

Doch steter Tropfen höhlt den Stein, wie wir wissen. Die Glücksforschung hilft hier weiter. Sie zeigt uns zum einen, dass die Logik des „Immer-Mehr“ unsere Lebensqualität nicht automatisch steigert, egal ob wir nach immer höherem Einkommen oder Konsumniveau streben. Ein Lebens-, Konsum- oder Arbeitsstil, der sich im Ansatz unabhängig macht von Versprechungen, die suggerieren, dass die bloße Anhäufung materieller Güter unser Wohlergehen mehren würde, hat nichts mit Verzicht zu tun. Es ist eher umgekehrt. Mehr Freiheit verschafft sich, wer der Tretmühle permanent steigender materieller Ansprüche entkommt und

stattdessen dem mehr Aufmerksamkeit schenkt, was unser Leben auf Dauer gelingen lässt. Erinnern wir uns: Jenseits einer bestimmten Schwelle steigern mehr Besitz und Konsum die Lebenszufriedenheit kaum. Viel wichtiger sind stabile soziale Beziehungen, Arbeitszufriedenheit und Arbeitsplatzsicherheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie Gesundheit. Zum anderen führt uns die Glücksforschung deutlich vor Augen, welch „relative“, d. h. vergleichende Wesen wir sind. Gerade das Phänomen des Statuswettkampfs legt offen, wie sehr wir unser Wohlergehen immer auch im Vergleich zu anderen bewerten. So entstehen gesellschaftliche Leitbilder, die das Verhalten des Einzelnen beeinflussen, insofern er sich bei wirtschaftlichen Entscheidungen an allgemeinen Trends und Lebensstilen orientiert. Da Konsumgüter große symbolische Bedeutung haben, ist dies bei Konsumententscheidungen besonders ausgeprägt. Die Anbieter machen sich dies zunutze und werben bewusst mit dem immateriellen Zusatznutzen, der oft viel wichtiger als der ursprüngliche Gebrauchswert ist. Die gesellschaftliche Mittel- und Oberschicht prägt solche Leitbilder besonders, auch über Grenzen hinweg. So orientieren sich die stark wachsenden Mittelschichten in China und Indien in

Sachen Konsum und Ernährung bevorzugt an westlichen Leitbildern. Dies ist eine der Erklärungen dafür, warum z. B. der Fleischkonsum in diesen Ländern in den letzten Jahren so rasant gewachsen ist, obwohl zumindest die indische Ernährungskultur traditionell vegetarisch ist. Hamburger in Peking oder Delhi zu essen, hat eben eine hohe symbolische Bedeutung und suggeriert vermeintlichen Wohlstand.

Leitbilder beeinflussen jedoch nicht nur das Verhalten Einzelner, sondern auch gesetzliche Rahmenbedingungen. Sie können Strukturreformen, die für menschengerechtes und umweltverträgliches Wirtschaften notwendig sind, begünstigen oder erschweren. Je stärker unsere Leitbilder von materiellem Besitz und immer mehr Konsum dominiert werden, umso schwieriger dürften die nötigen politischen Veränderungen durchzusetzen sein. Aber auch für das Glück jedes Einzelnen sind solche Leitbilder eine große Herausforderung. Wenn Menschen nur zufriedener werden, wenn sie mehr als andere haben oder es ihnen materiell immer besser geht, werden sie die Fragen, wer sie selber sind und was sie selbst im Leben eigentlich möchten, nur schwerlich beantworten können. Dazu ist es vielmehr erforderlich, die eigene Persönlichkeit zu entwickeln und sich unabhängiger zu machen von dem, was „man“ tut oder konsumiert. Wer aus dem Statuswettkampf mit anderen aussteigt, kann daraus einen Zuwachs an Zufriedenheit verbuchen. Menschen, die einen bewussten und nachhaltigen Lebens-, Konsum- und Arbeitsstil wählen, können dann selbst zu Vorreitern des Wandels werden. Durch ihre Persönlichkeit und ihr entschlossenes Handeln zeigen sie, dass Veränderungen möglich und positiv besetzt sind.

Die Konsumenten stimmen durch ihre alltäglichen Kaufentscheidungen mit darüber ab, was und auf welche Weise produziert wird. Pochen viele Verbraucher beim Einkauf auf menschengerechte und umweltverträgliche Herstellung, so werden sie zu Akteuren des Wandels. Sie zeigen aktiv, dass nachhaltiger Konsum für sie einen Wert darstellt. Gleichzeitig stärken sie die Position der Unternehmen, die nachhaltig wirtschaften. Das Gleiche tun Investoren, die mit

ZITIERT WILFRIED WUNDEN



Wenn ich mit Kindern und Jugendlichen über Solidarität spreche, finde ich zwei Dinge besonders wichtig: Die klare Ansage, dass die Welt veränderbar ist und die klare Ansage, dass jeder solidarische Beitrag zählt.

Leider resignieren viele Erwachsene oder sie stellen sich gegenseitig ihren Beitrag zu einer besseren Welt in Frage – "Umwelt oder Entwicklung", "Bildung oder Gesundheit", "Wirtschaft oder Arbeit", "Spenden oder Solidaritätsaktionen". Diese Konkurrenz der Solidaritäten begreife ich nicht.

Schön, dass so viele Kinder und Jugendliche das "oder" durch ein "und" ersetzen.

Wilfried Wunden, Referent beim BDKJ-Diözesanverband Aachen

ihrer Geldanlage nicht ausschließlich möglichst hohe Rendite erzielen, sondern auch soziale und ökologische Anliegen befördern wollen. Wenn also eine kritische Masse von Menschen solche Entscheidungen trifft, ändert dies die öffentliche Meinung und verändert gesellschaftliche Leitbilder hin zu nachhaltigen Konsum- und Lebensstilen. Solche Leitbilder motivieren dann wiederum Menschen, politische Veränderungen anzustoßen. Wenn immer mehr Bürger sich entsprechend politisch engagieren, setzen sie die Regierenden unter Zugzwang, die notwendigen organisationspolitischen Reformen voranzutreiben. So gesehen, werden Leitbilder zum unverzichtbaren Scharnier zwischen persönlichem Verhalten auf der gesellschaftlichen Mikro- und ordnungspolitischen Strukturen auf der Makroebene. Kurz: private, wirtschaftliche und politische Entscheidungen sind verwoben...

Gutes Wirtschaften ist menschengerecht

Das Nachdenken über die „Form des Glücks“ räumt mit dem weitverbreiteten Vorurteil auf, ein persönlich gelingendes Leben anzustreben gehe notwendigerweise auf Kosten der moralischen Orientierung und umgekehrt. Inwiefern? Nun, diese Gefahr besteht bei einem Glückskonzept der individuellen Lustmaximierung oder Wunscherfüllung, jedoch nicht, wenn wir Glück als Chancen auf ein gelingendes Leben auffassen. Eine solche Glücksvorstellung wird einem zentralen Anliegen von Ethikkonzepten nach der Aufklärung, dem Prinzip der Verallgemeinerbarkeit, gerecht. Wir alle streben ein gelingendes Leben an und anerkennen gleichzeitig, dass alle anderen Menschen ebenfalls wollen, dass ihr Leben gelingt. Mit anderen Worten, das Prinzip der Verallgemeinerbarkeit verlangt von uns, nicht nur die grundlegenden Lebenschancen aller Menschen, die jetzt leben, zu gewährleisten, sondern auch die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu bewahren.

Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, müssen wir darüber nachdenken, was – das ist entscheidend – aus der Sicht jeder beliebigen einzelnen Person ein gelungenes Leben sinnvollerweise ausmacht und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig sind. Nur so kommen wir zu verallgemeinerbaren, universell gültigen Aussagen, nur so dient der Universalisierungsgrundsatz dem guten und gelingenden Leben: Ausgehend von der Form des Glücks, also einem formalen Begriff des Glücks, erreichen wir eine verallgemeinerbare Vorstellung von Gerechtigkeit, die der Tatsache Rechnung trägt, dass alle Menschen wollen, dass ihr Leben gelingt.

Ein solcher Denkansatz verändert die Perspektive, unter der wir Gerechtigkeitsüberlegungen in Wirtschaft und Gesellschaft anstellen, radikal. Wir fragen danach, wie wir (und alle anderen) sinnvoll, d. h. verantwortungsvoll leben und wirtschaften wollen, ohne die Lebenschancen der heutigen und zukünftigen Menschen aufs Spiel zu setzen – und danach, welchen Stellenwert Wirtschaften in unserem Leben hat und worauf es letztlich abzielt.

Die Art und Weise, wie wir unser Wirtschaften organisieren, welche Regeln wir einer entsprechenden nationalen und internationalen Wirtschaftsordnung geben, muss [dabei] zwei zentralen Aspekte des Wirtschaftens für ein gelungenes Leben bzw. zwei Dimensionen des „menschengerechten Wirtschaftens“ (Arthur Rich) berücksichtigen: Erstens gilt es, die materiellen Grundlagen dafür zu schaffen, damit auf Dauer das Leben aller Menschen gelingen kann; zweitens muss sich die Wirtschaft auch daran messen lassen, ob die verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten selbst einem gelingenden Leben zuträglich sind oder nicht. Sind die Beschäftigungsverhältnisse so prekär, dass sie menschenunwürdig sind und keine Existenzsicherung ermöglichen, so ist dies nicht menschengerecht. Leider nimmt seit einigen Jahren der Anteil derer, die in nicht-registrierten und nicht-vertraglich abgesicherten Verhältnissen zu äußerst geringen Löhnen arbeiten müssen, nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den meisten wohlhabenden Staaten deutlich zu. Die Beschäfti-

gung ist auch dann nicht menschengerecht, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen unter fragwürdigen Sicherheitsstandards, wie sie z. B. vielerorts im Bergbau herrschen, ihr Einkommen verdienen müssen oder die Arbeitsbelastung dauerhaft extrem hoch ist.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, dass eine Verständigung über menschengerechtes Wirtschaften nicht auf die bloße Verteilung der Produktionsergebnisse beschränkt sein darf, sondern alle Phasen der Wertschöpfung einbeziehen muss. Das fängt bei der Frage an, wie wir die Beschaffung der immer knapperen Ressourcen organisieren und finanzieren wollen. Ist es uns als Konsumenten wirklich gleichgültig, unter welchen Bedingungen und zu wessen Vorteil z. B. Rohstoffe wie Coltan oder andere seltene Metalle für die Produktion unserer Mobiltelefone oder Elektroautos abgebaut werden? Wie können wir bei der Produktion schonender mit solchen Rohstoffen umgehen und etwa mehr davon durch besseres Recycling aus Abfällen gewinnen? Oder: Was spricht dafür und was dagegen, als Vermögenseigner bestimmte Wirtschaftstätigkeiten, die Entwicklungschancen für weniger Begünstigte verbessern, mitzufinanzieren? Menschengerecht Wirtschaften heißt, in der Analyse wirtschaftlicher Abläufe solche ethischen Probleme bewusst herauszugreifen und vor dem Hintergrund des Strebens nach einem gelingenden Leben zu reflektieren und zu hinterfragen – und zwar möglichst so, dass das moralisch Gebotene dazu keinen Gegensatz mehr bildet, ja sogar ergänzend wirkt.

Menschen sind [nämlich] durchaus in der Lage, sich über grundlegende Fragen ihres Lebens gemeinsam zu verständigen, und sie wollen das auch. Selbst wenn sie sich in bestimmten Situationen selbstüchtig verhalten, unterwerfen sich viele unter bestimmten Bedingungen auch verallgemeinerbaren und fairen Regeln der Kooperation. Bis zu einem gewissen Grade sind sie sogar bereit, ihre kurzfristigen Eigeninteressen zugunsten eines allgemeinen Wohls zurückzustellen. Wirtschaftliches Verhalten wird wesentlich auch von gesellschaftlichen Bedingungen mitbestimmt. Es hängt entscheidend von ordnungspolitischen Rahmenbe-

dingungen, gesellschaftlichen Leitbildern und Moralvorstellungen ab, wie die Balance zwischen eigen-süchtigem und kooperativem Verhalten ausfällt.

Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher hat seit 2006 den Lehrstuhl für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie in München inne. In seinem neuesten Buch „Mehrwert Glück“. Plädoyer für ein menschengerechtes Wirtschaften, München 2011, plädiert er mit den Erkenntnissen der modernen Glücksforschung für eine neue Form des Glücks, die zu neuer Solidarität befähigt. Zum Thema des „Überblicks“ Solidarität im Wandel hat er die vorstehenden Passagen daraus ausgewählt.

ZITIERT WOLFGANG OFFERMANN



Solidarität ist für mich kein moralischer Appell, sondern vielmehr erfolgreiches Ergebnis eines offenen Austausches um Gerechtigkeit. Im Alltag erlebe ich Solidarität zum Beispiel im Miteinander im Caritas-Wohnungslosentreffpunkt Café Plattform. Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Kulturen gestalten gemeinsam eine christliche, faire und lebensfrohe Atmosphäre.

Wolfgang Offermann, Caritas-Sozialarbeiter und Kabarettist

Neue Formen der Solidarität als Gegenbewegung zur Entsolidarisierung?

Positionierung zum aktuellen Wandel des bürgerschaftlichen Engagements

Solidarität ist für demokratische Gesellschaften unabdingbar, denn ohne Solidarität drohen sie auseinanderzufallen. Sie benötigen ein gewisses Maß an wechselseitigem Vertrauen und gegenseitiger Hilfe, um funktionieren zu können. Solidarität als politische Leitidee der Demokratie und organisierte staatliche Praxis gilt heute vielfach mehr als durch Individualisierung und Pluralisierung. Die Frage, was demokratische Gesellschaften zukünftig noch zusammenhält, ist aufgeworfen.

Dabei ist Solidarität keine statische Größe. Als Grundprinzip des menschlichen Zusammenlebens ist sie immer Wandlungen ausgesetzt. Insofern ist eine Unterscheidung in alte und neue Formen der Solidarität nur bedingt hilfreich. Viele der sog. neuen Formen setzen gewachsene Formen der Solidarität voraus bzw. stellen eine Aktualisierung unter heutigen ökonomischen und kulturellen Bedingungen dar. Demokratische Gesellschaften müssen immer wieder neu aushandeln, was sie unter der politischen Leitidee Solidarität verstehen und wie sie diese organisieren wollen. Die uns heute in Deutschland tragenden Solidaritätsvorstellungen haben ihre Grundlage im Christentum und in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts.

Die damalige Auseinandersetzung um Solidarität hat die Strukturen des Wohlfahrtsstaates und seine „Solidaritätsagenturen“ hervorgebracht. Wohlfahrts- und Sozialverbände, Gewerkschaften, Sozialgesetzgebung und Sozialversicherungen sind Ergebnisse der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Solidarität im 19. Jahrhundert und sie sind von einer erstaunlichen Stabilität bis heute.

Allerdings ist das Fundament, auf dem sie aufgebaut sind, durch den Wandel in der Arbeitswelt und Kultur erschüttert. Mit dem Verschwinden des „Fabriksystems“ und dem Monopolverlust des Christentums stellt sich die Frage, was Solidarität heute meint und wie heute Menschen zusammen kommen können, um ihre Interessen auszuhandeln.

Der Sozialstaat steht dabei seit Mitte der 1990-er Jahre unter massivem Druck. Vor dem Hintergrund steigender Armut und sinkender sozialstaatlicher Leistungen werden seine Grundlagen und Strukturprinzipien zur Diskussion gestellt. Bei der Suchbewegung nach aktuellen Organisationsformen von Solidarität spielen Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement eine zentrale Rolle. Individualisierung und Pluralisierung sollen Grundlage, nicht Hindernis,

für neue Formen solidarischen Handelns sein.

Nachbarschaftsläden, Bürgerstiftungen, Genossenschaften, Freiwilligen-Agenturen u.a.m. sind die neuen Hoffnungsträger dieser Entwicklung. Ihr Aufstieg geht einher mit einer politischen Grundsatzdebatte um den Solidaritätsbegriff. Wie gelingt vor dem Hintergrund der Globalisierung der Erhalt der Grundwerte soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung? Beobachter gewinnen den Eindruck, dass nicht länger das Wohlergehen der einzelnen Bürger im Zentrum steht, sondern vielmehr die Wohlfahrt der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“. Damit, so die Schlussfolgerung, wird das alte Grundversprechen des Sozialstaates aufgegeben: ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, so der Soziologe Stephan Lessenich.

Wie sollen auch in Zukunft Sicherheit und Wohlfahrt nicht in totaler Abhängigkeit vom Markt hergestellt und legitimiert werden? Die aktuelle politische Diskussion kennt zwei Grundrichtungen, die einen streben eine Balance zwischen den Persönlichkeitsrechten und den Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft an, die anderen wollen die gesellschaftliche Relevanz von Ei-

genverantwortung, privaten Initiativen und produktiver Partizipation vereinen. Beide Richtungen setzen auf Selbsthilfe und freiwilliges Engagement.

Daher gilt es, sich in diese Debatte einzumischen, denn sie entscheidet darüber, wie neue Formen der Solidarität eine wirksame Gegenbewegung zur Entsolidarisierung darstellen können. Bürgerschaftliches Engagement ist zunächst „unschuldig“. Es ist aber politisch instrumentalisierbar. Selbsthilfe und bürgerschaftliches Handeln müssen von staatlicher Seite so konzipiert sein, dass sie nicht eine Lückenbüßerfunktion im gesellschaftlichen Modernisierungsprozess übernehmen, sondern eine neue Basis für solidarisches Alltagshandeln darstellen. Dazu bedarf es der verstärkten Teilhabe von

Selbsthilfeinitiativen und -bewegungen an den sozialpolitischen Prozessen.

Ein bisschen erinnert die Lage schon an das 19. Jahrhundert. Hier gelang es, gesellschaftliche Hilfsstrukturen aufzubauen und einen tragfähigen Solidaritätsbegriff im Konflikt zu reißen. Dies ist auch die heutige Aufgabe. Allerdings taucht bereits am Horizont die Frage auf, wie dies gelingen kann, angesichts der Dynamik der digitalen Kulturrevolution.

In der Alltagskultur werden neue, mobile Kommunikationsmöglichkeiten des Internets schon leidenschaftlich genutzt. Sie werden das gesellschaftliche Leben tiefgreifend verändern. Schnelle massenhafte Onlineproteste und Smartmobs, zwingen Unternehmen und Regierungen

dazu, kurzfristig ihre Vorhaben zu ändern.

Ob in Ägypten oder Stuttgart 21, Unternehmen oder Staat, Datenklau oder Machtmissbrauch, die medialen spontanen Zusammenschlüsse sind zum Machtfaktor geworden. Organisationen, die das unterschätzen, verlieren in einer Krise die Möglichkeit, Meinungsbildungsprozesse zu beeinflussen. Twitter, Facebook und YouTube sind wirkungsvolle Werkzeuge geworden, die auf der Grundlage einer gemeinsamen Wertebasis funktionieren. Wer sich nicht daran hält, wird nicht abgemahnt, sondern ausgeschlossen. Was dies wohl für die Solidaritätsdebatte bedeuten mag?

Dr. Manfred Körber, Leiter der Abteilung Grundfragen und -aufgaben der Pastoral im Bischöflichen Generalvikariat Aachen

Es gilt: Aus alter Tradition in neuer Solidarität

Brandts Kapelle und TaK – der Treff am Kapellchen

„Aus alter Tradition in neuer Solidarität“ wurde die erste Broschüre der Stiftung Volksverein überschrieben, geleitet von der Idee, die sozialkatholische Tradition zu verbinden mit dem Engagement in Projekten zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit in Mönchengladbach. In diesem Zusammenhang sind die Brandts Kapelle und das TaK (Treff am Kapellchen) das Zeichen sowohl für die Tradition als auch für die neue Solidarität.

Die Brandts Kapelle, seit 2010 im Besitz der Stiftung Volksverein, erinnert an Franz Brandts und Franz Hitze, die sich für die „kleinen“ Leute in ihrer Zeit eingesetzt haben, eine erste Betriebsverfassung eingeführt und die Sozialgesetzgebung Deutschlands der Weimarer Republik entscheidend mitgeprägt haben. In Mönchengladbach wurden die Antworten auf die soziale Fragen der in Elend lebenden Arbeiter und ihrer Familien modellhaft erprobt und von Franz Hitze über die Zentrumspartei in Gesetzesvorhaben gegossen.

Franz Brandts war einer der Mitgründer des Volksvereins für das katholische Deutschland und als langjähriger Vorsitzender mitentscheidend für den Ausbau dieses

größten christlichen Arbeitervereins Deutschlands. Der Volksverein für das katholische Deutschland wurde vor dem Zweiten Weltkrieg von den Nationalsozialisten aufgelöst und nach dem Krieg nicht wieder belebt. Mit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde der Name „Volksverein“, anknüpfend an diese alte Tradition, wieder neu

verwendet für den „Volksverein“ Mönchengladbach gemeinnützige Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit gGmbH. Die neue soziale Frage wurde die der Arbeitslosigkeit und in der Folge der Armut, von der nicht nur in Mönchengladbach viele Menschen betroffen sind. Über Beschäftigung, Bildung, Beratung und Begleitung arbeitsloser Menschen soll deren Not und oft menschen-



verachtende Situation bekämpft und eine Perspektive auf eine Erwerbsarbeitsstelle eröffnet werden.

Vor ca. zehn Jahren wurde die Stiftung Volksverein gegründet mit den Zielen, an die alte Tradition des Sozialkatholizismus anzuknüpfen.

Es war letztlich ein Glücksfall, dass die Brandts Kapelle und auch das Aloysiusstift nicht mehr weiter genutzt werden sollten. Als Stiftung Volksverein sind wir dankbar dafür, dass uns die Pfarrgemeinde St. Peter Waldhausen und in der Nachfolge die Pfarrgemeinde St. Anna Windberg in unserem Anliegen der Arbeit mit den „kleinen“ Leuten unterstützt hat und uns die Kapelle für einen symbolischen Betrag und das Aloysiusstift zu einem günstigen Kaufpreis übertragen bzw. verkauft hat. Dazu kam, dass es ein solches Engagement ohne die Steyler Missionsschwestern, die sich hier angesiedelt haben, nicht geben würde.

In neuer Solidarität ist dies für die

Stiftung Volksverein von Bedeutung, weil sich mit der Übertragung die Chance eröffnet hat, neue Angebote für arme, arbeitslose, nichtsesshafte, aber auch für alle anderen, interessierten Menschen zu machen.

In der Brandts Kapelle gibt es ein Angebot, welches mit dieser Zielgruppe der Arbeitslosen, Armen und Nichtsesshaften, aber auch mit anderen interessierten Menschen einzigartig in Deutschland ist. Für Menschen, die oft in Not und in Schwierigkeiten sind, ist die Frage nach Zukunft, aber auch nach Gott, eine wesentlich existentiellere. In der Brandts Kapelle wird versucht, in einer besonderen Art der Spiritualität, die Fragen des Lebens mit der Sinnfrage zu verknüpfen. Zu den regelmäßigen Abendgebeten kommen viele Menschen, die hier einen Ort finden ihr Leben zur Sprache bringen zu können.

Ein ehrenamtliches Team, das sich aus größtenteils von Armut betroffene

nen Mitbürgern zusammensetzt, konzipiert und führt die Angebote in TaK und Brandtskapelle durch.

So wird in regelmäßigen offenen Treffpunkten eingeladen zu kulturellen Abenden, Internet- und Lesecafés. Theater- und Liturgiegruppe, Kreativworkshops, spirituelle Projektwochen, Ausstellungen und Kulturzeit bieten Raum für unterschiedliche individuelle Interessen. Mal spirituell, mal kulturell, mal politisch lässt sich Programm, Ort und Ansatz beschreiben, aber und das ist allen wichtig: gemeinschaftlich und herzlich.

„Aus alter Tradition in neuer Solidarität“ bedeutet somit einen Neuaufbruch in sozialkatholischer Tradition mit dem Ziel, am Ort der Tradition Glauben und Leben neu zu entdecken, Perspektiven und Hoffnungen für sich selbst und ihre Familien zu entwickeln und sich eindeutig auf die Seite der Armen und Benachteiligten zu stellen.

Schwester Bettina Rupp, SSpS, und Johannes Eschweiler, Stiftung Volksverein

Meine Vorstellung vom Christsein durch gezeigte Solidarität verwirklichen

Praktische Möglichkeiten und Ansätze als regionale Mitarbeiterin der Pastoral in der Arbeitswelt

Die Vielzahl von prekären Beschäftigungsverhältnissen, wie zum Beispiel Leiharbeit, Massenarbeitslosigkeit und die damit verbundene Angst um den eigenen Arbeitsplatz, führen zu einer zunehmenden Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft. Für Werte wie „Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit“ treten heute nur noch wenige Arbeitnehmer ein. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wird inzwischen eher als Ver-

sicherung für Fragen des Arbeitsrechtes gesehen.

Meine christliche Prägung und die eigenen Erfahrungen in der Arbeitswelt stellten mich vor die Frage: Wie kann Nachfolge Jesu heute für mich aussehen?

Im Alten Testament ist Gott solidarisch mit seinem Volk, in dem er es aus der ägyptischen Sklaverei und Unterdrückung befreit und in ein

freies Land führt.

Diese Solidarität zeigt sich besonders in der Menschwerdung Gottes und durch Jesu Einsatz für die Armen und Ausgebeuteten.

Der Arbeitsbereich „Pastoral in der Arbeitswelt“ bietet mir viele Möglichkeiten, meine Vorstellung vom Christsein zu realisieren, durch gezeigte Solidarität bei der:

- Unterstützung von Forderungen nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und gerechter Entlohnung,
- Beteiligung an Kundgebungen (1. Mai) und Arbeitskämpfen,
- Beratung und Begleitung bei Konflikten z. B. Mobbing am Arbeitsplatz,
- Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, z. B. durch Briefe an Politiker und Verantwortliche in Wirtschaft und Industrie,
- Seelsorge für Menschen mit großen Ängsten und Sorgen,



- Mitgliedschaft und Mitarbeit in einer Gewerkschaft.

Zunehmend mache ich die Erfahrung, dass Betroffene unsere Solidarität schätzen und dass sie sich dadurch gestärkt fühlen.

Obwohl inzwischen der Anteil der berufstätigen Frauen sehr hoch ist, hatte ich anfangs fast ausschließlich Kontakte zu männlichen Arbeitnehmern.

Mein Interesse gilt aber auch der Situation von Frauen in der Arbeitswelt. Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen auch heute noch ein großes Problem dar.

Bei der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NNGG) in der Region Aachen liegt der Anteil von Frauen bei fast 50%. Auf meine Anregung hin findet seit August 2010 ein regelmäßiger Frauentreff statt.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft NNGG lade ich jeden zweiten Sonntag im Monat Frauen aus dem Nahrungsmittelbereich zu einem Frühstück ins Gewerkschaftshaus ein. Die Teilnehmerinnen arbeiten meist als Bäckereiverkäuferinnen, in der Gastronomie oder als Produktionshelferinnen in der Süßwarenindustrie.

Neben Information und Beratung besteht Gelegenheit zum kollegialen

Austausch. Die Frauen erkennen, dass Probleme in der Arbeitswelt häufig ähnlich gelagert sind. Erfahrungen von Kolleginnen können hier als wertvolle Hilfe erfahren werden. Inzwischen ist ein Raum gelebter Solidarität entstanden. Frauen, die Solidarität erfahren, sind meiner Beobachtung nach auch bereit solidarisch zu handeln. So nahmen viele an den Veranstaltungen des DGB zum internationalen Frauentag und bei den Kundgebungen zum 1. Mai teil.

*Marlies Cohnen,
Gemeindereferentin,
Pastoral in der Arbeitswelt im Gebiet
der StädteRegion Aachen*

Wir verstehen uns nur als Brückenbauer, Vermittler, Impulsgeber

Ausbildungspaten für Gesamtschüler – ein Projekt der KAB in Brügggen-Bracht

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in Brügggen-Bracht engagiert sich seit Jahrzehnten für sozial und wirtschaftlich Benachteiligte, die es auch in einem ländlich geprägten Raum wie dem Kreis Viersen gibt. Im Jahr 2006 brachte ich einen Flyer über das Patenschaftsprojekt aus dem KAB-Büro Krefeld mit nach Bracht. Im Vorstand wurde überlegt, ob dies auch hier umzusetzen ist.

Bei einem zufälligen Treffen mit dem damaligen Schulleiter der Gesamtschule Brügggen wurde das Thema angesprochen und somit ein Stein ins Rollen gebracht. Warum sollte nicht auch hier der Ansatz funktionieren, junge Leute bei der Suche nach dem geeigneten Beruf und einem Ausbildungsplatz zu begleiten? Fachwissen, Kontakte und Einsatzbereitschaft waren schließlich da.

Ein Mitstreiter der ersten Stunde war Helmut Bovenkamp, ein diplomierter und erfolgreicher Ingenieur. Er teilte anfangs den Optimismus seines KAB-Vorsitzenden nicht, da er nicht damit rechnete, genug Mitstreiter für das Vorhaben zu finden. Aber



einen Versuch war das Ganze ihm ebenfalls wert, inhaltlich war er gleich überzeugt. 2007 gab es den Startschuss mit einem Infotag an der Gesamtschule Brügggen, die Kooperationspartner im Projekt ist.

Die gewonnenen Patinnen und Paten blicken zufrieden und ein wenig stolz auf ihre Laufbahnen zurück, haben Erfüllung im Beruf gefunden und ihre Familien versorgen können. Jetzt sind sie im Ruhestand und möchten etwas von dem, was sie erfahren haben, an die Gesellschaft zurückgeben.

Schon im ersten Jahr hatte ich neben Helmut Bovenkamp sechs weitere Mitstreiter gefunden, so dass acht Jugendliche betreut werden konnten. Nachdem Schüler und Eltern ihre Zustimmung zur Patenschaft und zur Einsicht in die Zeugnisse gegeben hatten, fanden regelmäßige Treffen

zwischen den Paten und dem jeweiligen Schüler bzw. der Schülerin statt. Ausbildungs- und Berufswünsche wurden auf „Machbarkeit“ hin überprüft und in zum Teil langen Prozessen korrigiert.

Um einen kontinuierlichen Fortschritt zu erreichen, erstellten wir Paten gemeinsam mit den Patenkindern Terminpläne, in denen festgelegt wurde, bis wann was erledigt sein musste. Wir boten Hilfen bei der Berufswahl, bei der Erstellung von Bewerbungsmappen, bei der Suche nach Ausbildungsplätzen und bei persönlichen Problemen an.

Aber es ist eine Menge Arbeit, denn die Begleitung der jungen Leute besteht aus vielen kleinen Schritten. Schon die Berufswahl ist eine große Baustelle. Viele Jugendliche haben völlig unkonkrete Vorstellungen über die Ausbildungsberufe.

Auch wissen sie wenig über die eigenen Stärken und Neigungen, können die persönlichen Grenzen nur schwer einschätzen.

Manchmal raufen wir ehrenamtlichen Paten uns nur noch die Haare. Die jungen Leute haben heute mit dem Internet und guten Broschüren der

Berufsberatung und Kammern eine bessere Ausgangslage denn je, sich zu informieren.

Die Entscheidung für einen Beruf können und wollen wir den Abgängern der Gesamtschule nicht abnehmen. Die Verantwortung verbleibt bei den Jugendlichen und jungen Er-

wachsenen. Überhaupt verstehen wir uns nur als Brückenbauer, als Vermittler, als Impulsgeber. Alle anderen Beteiligten behalten ihre jeweilige Rolle – Eltern, Lehrer und Berufsberater ebenso wie Ausbilder und Betriebsleiter.

Willi Leven, Vorsitzender der KAB Brüggel-Bracht

Getragen von der Zuversicht, der Gesellschaft eine positive Wendung zu geben

Mitglieder der DPSG setzen sich für die Teilhabe Aller am öffentlichen Leben ein

Jesus Christus nachfolgend, setzen wir uns für eine Gesellschaft ein, in der Solidarität besonders mit den Benachteiligten sichtbar und zu einem Grundpfeiler des Handelns wird.

Bereits die Ordnung der DPSG weist ihren Mitgliedern einen Weg der tätigen Solidarität. Durch die Einrichtung von Fachreferaten insbesondere in den Bereichen „Menschen mit Behinderung“ und „Internationale Gerechtigkeit“ setzt sich unser Diözesanverband in besonderem Maße für benachteiligte Menschen ein und setzt Zeichen der Solidarität. Es bedarf keiner Suche, um Menschen ausfindig zu machen, die einer besonderen Unterstützung bedürfen. Wenn wir als Pfadfinder mit wachen Augen durch die Welt gehen, werden wir ihnen begegnen.

So sind es z.B. die Kinder und Jugendlichen in Kolumbien, die in dem von der DPSG Aachen unterstützten Projekt Suenos Especiales lernen, ihre eigenen Fähigkeiten zu entdecken und weiter zu entwickeln. Kinder und Jugendliche, die von Staat und Gesellschaft vielleicht auch oder gerade wegen ihrer Behinderungen oder sozialen Benachteiligung gemieden und vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden, bedürfen einer besonderen Unterstützung. Diese können sie im Projekt durch Erlernen einfachster Selbstverständlichkeiten des Alltags wie Körperpflege und Hygiene, gesundes Essen und Umweltschutz erfahren.

Ebenso stehen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in unserem eigenen Verband im solidarischen Fokus. Oft genug werden Menschen mit Behinderungen auf Grund ihrer „Andersartigkeit“ von der Gesell-

schaft diskriminiert und von alltäglichen Dingen ausgeschlossen. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, Anwalt für Kinder und Jugendliche zu sein und gerade Kindern mit Behinderungen die Möglichkeit der Teilhabe am verbandlichen Leben zu ermöglichen. Dabei geht es um mehr als nur die Integration, also das reine „Mitmachen“. Vielmehr verfolgen wir den allgemeinpädagogischen Ansatz, allen Menschen das gleiche Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe zuzugestehen, ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse.

Aber nicht nur in diesen besonderen Bereichen zeigen Leiterinnen und Leiter der DPSG soziales Engagement und gesellschaftliche Solidarität. Vielmehr äußert sich diese in der alltäglichen ehrenamtlichen verbandlichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Leider wird es auch in unserem Verband immer schwieriger, Interesse und Leidenschaft für

unsere Arbeit zu wecken. Dies mag vielerlei Ursachen haben, oftmals sind aber schulische und berufliche Überforderungen die Ursache.

Unser Engagement hat nichts mit Samaritertum oder Wohltäterei zu tun, vielmehr geht es um eine positive Einstellung zur Gesellschaft und der Verfolgung der Grundsätze der DPSG. Unser Handeln dient nicht der Beruhigung des eigenen Gewissens, sondern trägt die Zuversicht, der Gesellschaft eine positive Wendung zu geben.

Ein jeder Pfadfinder (und jede Pfadfinderin) handelt dabei stets nach dem Motto von Lord Baden-Powell, dem Gründer der Pfadfinderbewegung, die Welt ein wenig besser zu verlassen, als er/sie sie vorgefunden hat.

Michael Teubner, Diözesanvorsitzender der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) im Bistum Aachen

Alle Beteiligten müssen der Solidarität wegen „politischer“ werden

Dialogtagungen als öffentliche Plattform kirchlicher Arbeitslosenarbeit

Kirchliche Arbeitslosenarbeit ist pastorale Herausforderung und somit ein Handlungsfeld der Kirche, das in der Öffentlichkeit wirkt. Neben der Umsetzung in der praktischen Arbeit der Träger und Einrichtungen ist die Diskussion um gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sozialer Beitrag der katholischen

Kirche zur Integration Benachteiligter in und Beteiligung an Gesellschaft. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist Solidarität mit denen, die ansonsten keine Lobby mehr haben.

Die Dialogtagungen vernetzen die Träger des Koordinationskreises mit den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung und schärfen durch in-

haltliche Impulse die Option für die benachteiligten arbeitslosen Menschen. Begonnen haben wir mit der Dialogtagung „Vieles kann besser werden – voneinander lernen“ am 23. Mai 2006. Die gesamte Diskussion wurde durchzogen von dem Wunsch und dem Interesse an einer kontinuierlichen Zusammenarbeit vor Ort. Eine derartige Zusammenarbeit eröffnet neue Möglichkeiten der betroffenenorientierten Maßnahmeplanungen. Die Bereitschaft zum Dialog ist mit der Veranstaltung gewachsen. Anknüpfend an diese Premiere ging es am 22. März 2007 mit der Tagung „Niemand soll unter die Räder kommen – Mit einander daran arbeiten“ um den arbeitsmarktpolitischen Dialog in Zeiten der Umsetzung und Fortschreibung der „Hartz“-Gesetzgebung.

Ausgehend von einer intensiveren Beschäftigung mit Alternativen zur aktuellen Gesetzgebung fand am 5. November 2009 die nächste Dialogtagung „Lernen aus der Krise – für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik“ in Aachen statt. Das heutige System des Förderns und Forderns übe auf Langzeitarbeitslose einen unwürdigen Zwang zur Erwerbsarbeit aus, so die sozialetische Analyse. Das geschehe, ohne wirklich das Versprechen auf eine Teilhabe an der Gesellschaft einlösen zu kön-



nen. Im Gegenteil: Manche Maßnahmen, vor allem die so genannten Arbeitsgelegenheiten, führten die Menschen in eine Sackgasse, weil diese Beschäftigungsformen eher ausgrenzten, als dass sie eine wahre Integration förderten. Wenn man eines aus der Krise gelernt habe, dann das: Wo ein politischer Wille ist, da gibt es auch einen Weg. In diesem Sinne müssten alle Beteiligten „politischer“ werden, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Die nächste Dialogtagung ist geplant für den 28. Februar 2012. Sie wird folgerichtig den Titel tragen:

„Verantwortung übernehmen – Potenziale nutzen: Öffentlich geförderte Beschäftigung als Herausforderung“. Es wird um öffentlich geförderte Beschäftigung gehen, die nicht weiterhin zur Vermehrung prekärer Beschäftigungsverhältnisse beiträgt. Vorläufiges Fazit dieser Kommunikationsarbeit:

Die Dialogtagungen als Plattform für Vernetzung und Öffentlichkeit bewahren sich und tragen Impulse in den Diskurs rund um die gesellschaftliche und die kirchliche Solidarität mit Arbeitslosen.

Wolfgang Cohnen, Referent für Arbeitslosenarbeit im Bistum Aachen

Vernetzen, Fördern und Stärken von Vereinen, Initiativen und Gruppen

Eine Welt Forum Aachen ist auf vielen Ebenen aktiv und kooperiert fruchtbar mit der Kommune

Das Eine Welt Forum Aachen e.V. ist ein Zusammenschluss von derzeit 20 entwicklungspolitischen Initiativen, Aktionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen. 1984 wurde das Forum gegründet. Seine Ziele seither sind ein kontinuierlicher Prozess der Vernetzung, Förderung und Stärkung von Vereinen, Initiativen und Gruppen auf gesellschaftlicher und kommunaler Ebene, die sich auf gemeinsame Ziele verständigt haben:

- Internationale Solidarität,
- Menschenrechte,
- Völkerverständigung,

● Eintreten für eine gerechtere Welt. Darüber hinaus begleitet und koordiniert der Verein die entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit für ein breites Publikum in der Region Aachen. In seiner Arbeit tritt das Eine Welt Forum Aachen e.V. damit konkret für eine menschengerechtere und umweltverträglichere Entwicklung ein: für politische, soziale und kulturelle Menschenrechte, gegen Armut im Süden und im Norden, für die Integration der Bedingungen sozialer Gerechtigkeit und eines nachhaltigen Umweltschutzes auf kommunaler und regionaler Ebene, für eine zukunfts-

fähige Entwicklung, getragen und gefördert von gemeinsamem Lernen und der Begegnung verschiedener Kulturen.

In der Geschichte des Forums haben sich drei Schwerpunkte konkreten Engagements herausgebildet:

- Informations- und Bewusstseinsarbeit (u. a. jährliches Weltfest)
- Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und politischen Initiativen der Region
- Lobbyarbeit im fruchtbaren Kontakt mit der Aachener Politik und Verwaltung

Das Bündnis „FAIRhandel(n) in Aachen“, dem das Eine Welt Forum angehört, setzt sich für die Transparenz von Handels- und Produktionsvereinbarungen, aber auch für eine neue Form des Konsums ein, und steht im Dialog mit Verbrauchern,

Händlern sowie mit der Kommune. Das Eine Welt Forum ist darüber hinaus Mitglied in einer „Steuerungsgruppe“ aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren, die die internationale „Fairtrade Towns“ gemeinsam mit der Stadt Aachen

erfolgreich umgesetzt hat: Seit dem 26. September 2011 darf sich Aachen für zwei Jahre Fairtrade Stadt nennen.

Mona Pursey, entwicklungspolitische Koordinatorin beim Eine Welt Forum Aachen e.V.

See oder nicht See – eine Glaubensfrage!?

Ehrenamtlicher Widerstand gegen die Änderung des Braunkohlenplan Inden II

Im Februar 2007 stellte sich nach der Vorstellung der Restseepläne durch die Bezirksregierung unser Bürgermeister vor die anwesenden 330 Merkener und fragte: „Was wollt Ihr?“ Die Antwort der Bürger war eindeutig und überraschte die Gastgeber nachhaltig: „Diese alternative Restseelösung bringt keine Vorteile für Merken und dient nur dem finanziellen Interesse von RWE.“ Auch der Dürener Verwaltungschef hatte sich bereits positioniert: „Mir ist fester Boden unter den Füßen wichtiger als ein beispielloser, riesiger künstlicher See.“

Mit dieser Meinung standen wir als Ort und Düren als Stadt allerdings alleine da. Alle anderen Orte und Kommunen rechneten offen mit erheblicher finanzieller „Unterstützung“ durch RWE.

Ab sofort hieß es handeln. Wir konnten und wollten nicht alles glauben, was bunte Bilder, visionäre Studien und temporäre Führungspersonen uns über einen Zeitraum von 50 Jahren alles versprochen.

Dies bedeutete aber auch, sich gegen die Interessen eines börsennotierten Großkonzerns zu stellen. Freizeit-Ehrenamtler gegen Vollprofis mit jahrzehntelanger Erfahrung – Argumente gegen teure Gutachten.

Die „Interessengemeinschaft für ein lebenswertes Merken“ fand sich wieder zusammen und organisierte mit anfangs rund 25 Bürgern den „Widerstand“ gegen diese Seeplanung. Eine große Unterschriftenaktion, Informationsveranstaltungen und zahlreiche Versammlungen wurden durchgeführt.

Naturngemäß wurden wir anfangs von den Seebefürwortern nicht wirklich ernst genommen. Dies änderte sich, als wir im Mai 2008 bei den Erörterungsterminen mit Fach- und Detailwissen überraschten und eine Woche lang zu jedem Thema in Arbeitsgruppen unsere Kritik, natürlich ordentlich und sachlich, vorbrachten.

Aachen sagt Ja!

Die Save me-Kampagne zur Aufnahme von Flüchtlingen mit einer sicheren Zukunftsperspektive

Immer haben wir in der Flüchtlingsarbeit etwas zu kritisieren. Oft sagen wir: Nein!, weil der Schutz von Flüchtlingen nicht genug Beachtung findet. So wollten wir endlich einmal ein positives Signal senden: Wir sagen JA! Deutschland soll Flüchtlinge aufnehmen und diesen eine sichere Zukunftsperspektive bieten. Auch Aachen sagte Ja! und so riefen Amnesty International und Katholikenrat Aachen-Stadt vor drei Jahren eine Kooperation ins Leben, die engagiert dazu arbeitet.

Besonders positiv finde ich, dass es uns über diese Kampagne gelingt, für ein Programm zu werben, das besonders schutzbedürftige Flüchtlinge auf sicherem Weg nach Deutschland holt. Hier haben sie eine sichere Zukunftsperspektive und können unbelasteter in der neuen Lebenssituation ankommen.

Nicht auf sich allein gestellt wird vieles einfacher. So stehen bei den ersten Schritten so genannte Paten den Flüchtlingen zur Seite und das Ankommen in einer völlig neuen Lebenssituation wird erleichtert. Das hilft beim Eingewöhnen und es ergibt sich durch diese Patenschaften die Möglichkeit, dass sich Menschen mit Flüchtlingen und deren Problemen befassen, die das vorher nicht getan haben.

Bei den verschiedenartigsten Aktivitäten, wie der internationalen Kochgruppe, den Patenstammtischen, Stadtführungen in arabischer und deutscher Sprache... findet Begegnung auf Augenhöhe statt und wir lernen mit- und voneinander. Das hilft Brücken zu bauen und Ängste vor dem Anderen, dem Unbekannten abzubauen. In den Gesprächen, die so geführt werden, bekommen die Nachrichten, die wir über Flüchtlinge aus den Medien fast täglich

erhalten, ein Gesicht. Diesen Menschen können wir helfen, indem wir uns auf Begegnungen mit ihnen einlassen und ihnen zuhören.

Das hilft unseren Gegenübern dabei, die schrecklichen Fluchterlebnisse zu verarbeiten. Es hilft auch dabei, sich nicht so alleine zu fühlen. Aber auch wir als Paten können eine Menge lernen. Wir erfahren einmal mehr, dass es Ungerechtigkeiten, Leid und Menschenrechtsverletzungen auf der Welt gibt.



Beim Beklagen mancher Dinge, die auch bei uns in Deutschland verbesserungswürdig sind, hilft es, den Blick über den Tellerrand zu wagen und zu sehen, dass es Leid in ganz anderen Dimensionen auf der Welt gibt. Das hilft zu relativieren. Eine Bereicherung für mich und uns ist auch, die arabische Gastfreundschaft kennen zu lernen, die immer zuerst den Gast im Blick hat – egal, wie groß das eigene Problem ist.

Es muss nicht immer so schnell und zielorientiert zugehen, wie bei uns, in unserer schnelllebigen Zeit üblich. So können wir aus der Solidarität mit Flüchtlingen heraus auch viel für unser eigenes Leben und Bewerten lernen.

Ingeborg Heck-Böckler, Referentin für politische Flüchtlinge bei Amnesty International Aachen

Man erkannte, dass für den Ort Merken bereits jetzt etwas getan werden muss. In der Folge konnten wir eine aus den Planungen verschwundene Ortsumgebung erfolgreich zurückfordern, die geplante Seefläche wurde bei Merken verkleinert und die Bezirksregierung brachte einen Dorfentwicklungsplan in Gang, dem bereits konkrete Maßnahmen folgten.

Seit 2011 ist die „IG Merken“ ein eingetragener Verein mit rund 50

Mitgliedern. Wir stehen oft als gefragter Ansprechpartner zur Verfügung und pflegen trotz anerkannt unterschiedlicher Positionen auch mit RWE ein gutes Verhältnis. Die Stadt Düren hat unseren Weg, nachdem er die Möglichkeit der bürgerlichen Beteiligung verlassen hat, konsequent bis hin zu einer Kommunalverfassungsbeschwerde fortgeführt, nachdem sich der Braunkohlenaus-schuss 2008 für den Restsee ausgesprochen hat.

Nun entscheiden Richter schlussendlich über die Glaubensfrage, ob wir unseren Kindern eine riesige Wasserfläche hinterlassen oder eben Erde, die sie ganz nach ihren zukünftigen Bedürfnissen nutzen können. In jedem Fall arbeiten wir weiter konstruktiv an der Zukunft unserer Heimat – natürlich ehrenamtlich.

*Horst Knapp,
Pressesprecher der IG Merken
www.IGMerken.de*

Sich als Akteure und Akteurinnen ihres Lebens entdecken

Casitas Bíblicas – selbstbewusst gewordene Basisgemeinden in Bogota/Kolumbien

Sie wollen die Welt verändern. Zumindest ihre kleine Welt: ihre Familie, ihr Stadtviertel. Seit 20, 30 Jahren wohnen sie jetzt hier. Als Vertriebene bzw. Flüchtlinge im eigenen Staat haben sie das Vertrauen zu allen anderen verloren. Selbst den langjährigen Nachbarn vertrauen sie nicht. Politikern und Beamten trauen sie nicht, weil die Korruption augenfällig ist. Sie fürchten die Gewalt der meist jungen Männer, die sie ausrauben, bedrohen, und manchmal ohne zu zögern umbringen. Und sie fürchten diejenigen, die wiederum diese jungen Männer umbringen, um im Viertel „Ordnung zu schaffen“. Weil es ihre eigenen Kinder treffen könnte. Weil sie die sogenannten „sozialen Säuberungen“ aus ethischen Gründen ablehnen. Weil aber die große Mehrheit in ihrem Umfeld das Umbringen der Kleinkriminellen und Drogenabhängigen als „Problemlösung“ akzeptiert, sind sie selber in einer Minderheit. Wenn sie sich offen dagegen zur Wehr setzen würden, wären sie bald einmal selber Zielscheibe von Verdächtigungen.

Sie wollen die Welt verändern. Dafür braucht sie Kraft, Lebensfreude, Hoffnung, irgendetwas, das etwas Anderes als das Bestehende überhaupt denkbar macht. Sie brauchen Visionen, Utopien, Horizonte, die verschieden sind von der real existierenden Welt. Der Weg zu neuen Visionen ist lang. Sie fallen nicht vom Himmel. Sie müssen erarbeitet werden.

Die Leute der Casitas Bíblicas im immer noch armen Südosten Bogotás

entwickeln ihre Visionen einer besseren Welt, indem sie ihre Umgebung und sich selber darin wach und kritisch wahrnehmen. Sie lesen gemeinsam die Bibel. Sie wollen ihren christlichen Glauben ernst nehmen. Sie bringen beides miteinander in Kontakt: Realität und Bibeltext. Was sich so leicht anhört, ist kompliziert, wurde über Jahre gelernt. Die Frauen und Männer lassen sich bei der Bibelarbeit von einer Frage leiten: was sagt der Text, um das Leben zu stärken? Was sagt er über (unser) Leben als Arme aus? Das ist die Brille, mit der gelesen wird. Im Laufe der Jahre haben die Gläser der Lesebrille verschiedene Tönungen bekommen. Es geht nicht mehr nur um Armut. Die Unterschiede zwischen den Armen kommen zum Vorschein: Wie stärkt ein Text das Leben der Kinder, der Frauen, der Männer, das Leben im Stadtviertel? Was kann aus dem Bibeltext gelernt werden, um einen respektvolleren Umgang mit der Natur zu erlangen? Was sagt die Bibel über eine Kirche, bei der sich die Menschen in ihren Häusern treffen?

20 Jahre existiert der Basisprozess der Casitas Bíblicas mittlerweile. Mit ihrem Namen bezeichnen sie ihre Arbeitsmethode: Gruppen, die sich in den Häusern ihrer Teilnehmenden treffen. Entstanden sind sie, weil Ordensfrauen in diesen damals neu entstandenen Vierteln regelmäßig Familien zu Hause besucht haben und weil der neu geweihte Pfarrer auf dem Bibellesen aus der Perspektive des Volkes aufgebaut hat. Mit dem Wechsel der Pfarrer wurden die selbstbewusst geworde-

nen Casitas an den Rand der Pfarrei gedrängt. Heute existieren 15 Gruppen, Generationen übergreifend sind 200 Frauen und Männer dabei. Sie treffen sich wöchentlich oder 14-tägig. Drei Themen werden bisher bearbeitet. Seit dem Beginn geht es um christlichen Glauben in der 9-Millionen-Metropole Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens. Später kamen Ökologie und gesunde Nahrungsmittel hinzu. Nochmals andere Horizonte erschlossen die Frauen- und die Männergruppen. Die gemeinsamen Horizonte werden in der monatlichen Bibelschule erarbeitet. 2011 geht es darum, die Talente eines jeden einzelnen, einer jeden einzelnen zu erkennen und zu überlegen, wie diese in der Gemeinschaft fruchtbar gemacht werden können.

Dieses Jahr, 2011, haben sich Casitas Bíblicas neu organisiert, um stabiler, transparenter und sichtbarer arbeiten zu können. Sie haben einen Trägerverein gegründet. Mit etwas eigenem Geld und den Mitteln deutscher, österreichischer und Schweizer Spender konnten sie sich den Traum eines eigenen Zentrums erfüllen. Im Oktober ist es eröffnet worden. Der nächste Schritt besteht darin, das Haus mit Leben zu füllen, indem gemeinsam Angebote entwickelt werden: solche, die Vertrauen untereinander wachsen lassen, die gewaltfreie Wege der Konfliktbearbeitung aufzeigen, die die Kritik des bestehenden Unrechts vertiefen und so möglich machen, dass Veränderungsvorschläge zur überkommenen Politik real werden. Das geht nur im Verbund mit anderen

Bewegungen und Organisationen, die ähnliche Visionen wie sie leben. Dabei haben die Frauen und Männer von Casitas Bíblicas stets präsent, dass sie nicht alles in ihrer Hand haben, sondern von Gott getragen sind.

In Casitas Bíblicas versammeln sich selbstbewusst gewordene und werdende Laien. Sie sind ein kleiner Prozess angesichts der Größe der Stadtviertel, in denen sie funktionieren, und angesichts der Probleme,

die es gibt. Frauen und Männer lernen aber in Casitas, dass sie sich selbst und ihre Familien annehmen und zum Besseren hin verändern können: Horizonte erweitern, mehr Respekt, gleichberechtigtere Beziehungen. Sie entdecken sich als Akteure und Akteurinnen ihres Lebens, obwohl sie vieles nicht beeinflussen können. Sie ahnen allmählich, dass sie auch zumindest die kleine Welt ihres Viertels verändern können. Sie entdecken immer mehr, dass das ei-

ne mit dem anderen zusammenhängt: die eigene, persönliche und individuelle Bekehrung mit der Veränderung der sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.

Markus Büker, Fachkraft der Bethlehem Mission Immensee in Bogotá. Die Casitas Bíblicas sind im September 2011 aus Anlass des 50-Jährigen der Kolumbienpartnerschaft als Lebendiger Schatz des Bistums Aachen ausgezeichnet worden.

Gemeinsamer Blick auf das Leben der „kleinen Leute“, hier wie dort

Internationale Partnerschaft der KAB mit der Katholischen Aktion auf den Kapverden

Seit fast sieben Jahren gibt es Kontakte zur Katholischen Aktion auf den Kapverdischen Inseln, die sich zur Partnerschaft von drei Bewegungen entwickelt hat. Die Nationalleitung der KAB (LOC=Liga Operaria Católica) und die KAB-Diözesanverband Aachen haben diese Partnerschaft mit den Kapverdianern gegründet, um dort eine Arbeitnehmerbewegung aufzubauen und die katholische Aktion in ihrer Bildungsarbeit und ihren Aktionen zu unterstützen.

Auf den kapverdischen Inseln, insbesondere auf der Hauptinsel Santiago, haben die Menschen mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das größte Problem ist das fehlende Wasser. Seit drei Monaten gibt es in der Hauptstadt Praia kein frisches Wasser mehr. Auch der Strom fällt täglich für mehrere Stunden aus und fast alle Waren und Güter, auch des täglichen Bedarfs, müssen importiert werden. In der stetig wachsenden Hauptstadt ist eine hohe Arbeitslosigkeit, gerade auch bei den jungen Menschen, im Hinterland gibt es Nachholbedarf in Schule und Bildung bei Kindern.

Im Bildungsbereich setzt unsere Zusammenarbeit mit der katholischen Aktion auf den Kapverden an. Die portugiesische KAB tauscht sich regelmäßig mit den Kapverdianern

über die Methoden und Inhalte der Bildungsarbeit aus, über Bibel teilen, Lebensbetrachtung, Möglichkeiten der Hilfe zur Selbsthilfe, sozialem und politischem Engagement oder auch zu Fragen von Bewahrung der Schöpfung. Da Portugiesisch Amtssprache auf den Kapverden ist, ist die Verständigung zwischen den Portugiesen und den Kapverdianern einfach.

Die KAB-Diözesanverband Aachen unterstützt in Schaffung von Ressourcen, um diese Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen, aber auch mit jungen, oft alleinerziehenden Müttern zu ermöglichen – die Väter fallen häufig aus, da sie im Ausland arbeiten und für ihre Familie nicht immer aufkommen.

So wird in Kürze ein zweiter Container zur Hauptstadt Praia geschickt mit Materialien, die zur Bildungsarbeit auf der Insel Santiago dringend benötigt werden. Diese Materialien werden momentan von KAB-Gruppen im Bistum Aachen gesammelt.

Die Kapverdianer haben es bei einem Besuch so formuliert: Sie fühlen sich als verlorene und vergessene Inseln und Inselbewohner im Atlantik.



Daher ist es gut, dass es diese Dreierpartnerschaft gibt, um auf die Inseln, die nicht touristisch zu erschließen sind, aufmerksam zu machen und auf die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen.

Ein zweiter Punkt ist der gemeinsame Lernprozess. Wir schauen genauer hin, was da mit den Menschen, gerade auch mit den „kleinen Leuten“ in Deutschland, Portugal und auf den Kapverden geschieht. Und wir können dann gemeinsam eintreten für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung und dies sehr konkret und praktisch.

Johannes Eschweiler, Sprecher AK-Portugal/Kapverden des KAB-Diözesanverbandes Aachen

Rüstung tötet auch ohne Krieg

Solidarität mit heutigen und künftigen Opfern: Stopp dem Waffenhandel

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Waffentransfers aus Deutschland bekannt werden. Die geplante Lieferung von Panzern an das menschenrechtsverletzende Königshaus in Saudi-Arabien sind nur die Spitze des Eisbergs. In beträchtlichem Umfang wurden deutsche Waffen an

Länder in Krisen- und Kriegsgebiete des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas verkauft. Dabei wurde und wird der Grundsatz, nicht in Spannungsgebiete und nicht an menschenrechtsverletzende Staaten zu liefern, zunehmend missachtet. Immer wieder verschwinden die Waffen in

staatlich unkontrollierbaren Grauzonen von Bürgerkriegskonflikten, denn Re-Exporte an Drittstaaten werden de facto nicht kontrolliert. In Libyen sind zuletzt in Deutschland gefertigte G36-Sturmgewehre von Heckler & Koch aufgetaucht, obwohl es nie eine Genehmigung für den Export nach Libyen gab. Das bedeutet: der vereinbarte Endverbleib schützt nicht vor der Weitergabe. Die Philosophie: nur die „Guten“ mit Waffen zu beliefern und dadurch vermeintlich Sicherheit und Stabilität zu fördern, funktioniert nicht.

Ein bedeutender Anteil deutscher Waffentransfers erfolgt ausgerechnet in Länder, die Entwicklungshilfe beziehen. Das Engagement der kirchlichen Hilfswerke in Entwicklungsländern wird auf diese Weise konterkariert. So streckt Deutschland die eine Hand helfend aus, während

die andere Hand mit der Finanzierung der Waffenprojekte das Geld aus den Kassen nimmt, das dringend für die Armutsbekämpfung, Gesundheitsprojekte und Bildung gebraucht wird.

Deshalb hat pax christi gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen eine Kampagne ins Leben gerufen, die u.a. auch von Misereor, dem BDKJ und vom Aachener Diözesanrat unterstützt wird. Unter dem Motto: „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht geben“ setzen wir uns dafür ein den deutschen Rüstungsexport zu stoppen. Wir tun das, weil die Folgen von Rüstungsexporten für die Menschen in den Empfängerländern nicht selten verheerend sind: Bestehende Konflikte werden verstärkt und eskalieren häufig gewaltsam,

unzählige Menschen werden getötet, verwundet, vertrieben oder erleiden schwere Traumata. Jede Minute stirbt ein Mensch an den Folgen einer Gewehrpatrone, einer Handgranate oder einer Landmine. Noch mehr Menschen wurden verstümmelt. Ungezählte Kriegsoffer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

An dieser Kampagne kann sich jede/r beteiligen. Sich informieren, mit anderen diskutieren, Informationsveranstaltungen über Rüstungsexporte organisieren, Mahnwachen oder Gottesdienste in Erinnerung an die Opfer von Rüstung und Krieg in aller Welt gestalten.

*Christine Hoffmann,
pax christi-Generalsekretärin*

Fair spielt – langen Atem braucht man schon

Solidarität mit Arbeitnehmern in anderen Regionen unserer Welt

Spielzeug bringt Freude.
Ganz besonders zur Weihnachtszeit.
Lange Wunschzettel.
Glänzende Kinderaugen.
Das ist die eine Seite.
Die andere Seite.
Eine chinesische Spielzeugfabrik:
Schuffen bis zum Umfallen.
Überstunden ohne Ende.
Hungerlöhne.
Wochenlange Arbeit ohne einen freien Tag.
Menschenunwürdige Unterkünfte.
Hitze, Staub und giftige Dämpfe.
Keine Sozialversicherung.
Kein Kündigungsschutz.
Gewerkschaften verboten
Aus China kommt fast die Hälfte des Spielzeugs, das bei uns unter dem Weihnachtsbaum liegt.

Der Weltverband der Spielwarenindustrie (ICTI) hat im Juni 2001 seinen Verhaltenskodex überarbeitet. Dieser ICTI-Kodex hat das Ziel, Spielzeugfirmen in der ganzen Welt zur Einhaltung von Mindestarbeits- und Sozialstandards zu verpflichten. Die Aktion „fair spielt“ fordert, dass deutsche Firmen und ihre Lieferanten diesen Kodex umsetzen.

„Fair spielt“ ist eine Aktion von MISEREOR, der Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), des Nürnberger Bündnisses Fair Toys und der Werkstatt Ökonomie. Seit Jahren setzen sich diese Organisationen dafür ein, dass in den chinesischen Spielzeugfabriken endlich die verbrieften Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter beachtet werden.

Viele Menschen haben die Aktion unterstützt. Sie haben sich an Briefaktionen beteiligt, Info-Stände organisiert und für bessere Verhältnisse in den Spielzeugfabriken Chinas demonstriert. Viele Konsumentinnen und Konsumenten haben die Spielzeugfirmen immer wieder aufgefordert, sich ihrer Mitverantwortung für die miserablen Arbeitsbedingungen bei ihren Lieferanten zu stellen. Denn nur wenn diese Verbraucherinnen und Verbraucher nachfragen und die Produktionsbedingungen mit in ihre persönliche Kaufentscheidung einbeziehen, kann sich etwas verändern.

Langsam zeigen die Proteste Wirkung. Rund 2.400 Firmen erklären ihre Bereitschaft, den ICTI-Kodex

einzuhalten und die Arbeitsbedingungen bei ihren Lieferanten in China unabhängig überprüfen zu lassen. Wie diese Zusage umgesetzt wird, muss von der Öffentlichkeit jedoch weiterhin kritisch beobachtet und nachgefragt werden. Auch manche Handelsunternehmen nehmen inzwischen ihre Verantwortung wahr und machen Druck auf die Spielzeughersteller und -importeure. Und die fürchten nicht mehr nur um ihr Image, sondern auch um die Aufträge großer Kunden.

Seit 2005 wird die Umsetzung des Kodex auch durch eine eigens eingerichtete Stiftung, die ICTI-Care Foundation überwacht. Doch das System funktioniert noch nicht wirklich gut. Auf die Selbstverpflichtung des Spielzeugverbands allein kann man sich nicht verlassen: Maria Theresia Opladen, die Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, kritisierte unlängst ICTI CARE-Prozess, das o.g. Programm des Weltverbandes der Spielzeugindustrie: „Wir sehen, dass es nicht ausreicht, sich auf Ankündigungen von Unternehmen zu verlassen. Deshalb muss der Verband endlich darüber Auskunft geben, welche Firmen ihre Selbstverpflichtungen umsetzen und welche nicht. Tut er das nicht, entwertet er sein eigenes Programm.“

Elisabeth Strohscheidt, Menschenrechtsreferentin bei Misereor

Gemeinschaft von Gemeinden aktiv und lebendig gestalten

Projekt zur Freiwilligenkoordination in größeren pastoralen Einheiten kann losgehen

Die Veränderungen der Ebene „Kirche am Ort“ stellt eine Herausforderung für das zukünftige ehrenamtliche Engagement dar. Der Bezugsraum ehrenamtlicher Tätigkeit wird mit der Errichtung der GdG größer. Bisherige (Beziehungs-) Netze, die ein Erschließen von Ehrenämtern ermöglichten, tragen so nicht mehr.

Zur Ergänzung der gewohnten informellen Wege bedarf es daher zunehmend einer gezielten Vermittlung. Um die GdG aktiv und lebendig zu gestalten müssen über die Vermittlung hinaus neue Projekte initiiert, die Talente und Charismen aller, die sich engagieren wollen, in den Blick genommen werden, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anders qualifiziert und die Öffentlichkeit anders informiert werden. Hinzu kommt, dass sich das Ehrenamt in einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderungsprozess befindet.

Wir wollen diesen mit vollziehen und mit gestalten. In unserem Projekt soll erprobt werden, ob mit Hilfe der Erfahrungen der Freiwilligenbüros die ehrenamtliche Arbeit in der GdG neu ausgerichtet werden kann. Hierzu sollen in drei GdG entsprechende Freiwilligenbüros für drei Jahre eingerichtet werden. Diese werden von Ehrenamtliche Teams selbst betrieben und erfahren durch eine Mitarbeiterin des Diözesanrats eine professionelle Begleitung.

Die Freiwilligenbüros sollen folgende Anliegen in den GdG aufgreifen und eigene kreative Ideen zur Umsetzung entwickeln:

- Anlauf- und Informationsstelle für Ehrenamtliche,
- Bedarfsmeldestelle für Gruppen, pastorales Personal und Gremien,
- Entwicklung von Tätigkeitsprofilen für Ehrenämter,
- Organisation von Fort- und Weiterbildungen für Ehrenamtliche,
- Werbung für das Ehrenamt,
- Öffentlichkeitsarbeit für das Ehrenamt,
- Hilfestellungen zur Sicherstellung der Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche.

Wir freuen uns, dass wir nun, gemeinsam mit der Hauptabteilung Pastoral/Schule/Bildung und einer wissenschaftlichen Begleitung, dieses spannende und manchmal auch spannungsgeladene Feld erkunden können.

Wir sind neugierig auf die Projekt-GdG und auf die Möglichkeiten für

Ehrenamtliche, die dort in den Blick genommen werden.

Start des Projekts ist voraussichtlich Januar 2012 und so werden wir Ihnen hoffentlich im nächsten Überblick schon die Projekt-GdG mit ihren Ideen vorstellen können.

Sonja Billmann, stellvertretende Vorsitzende des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen

Den Herausforderungen der Zeit begegnen

Einladung zu drei Pfarrgemeinderatstagen in 2012

„Kirche in der Welt von heute werden – Kirche am Ort sein“: Unter diesem Leitgedanken wird der Impuls von Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff stehen, zu dem er bei den Regionalen Pfarrgemeinderatstagen 2012 über die unverzichtbare Rolle der Laien für eine zukunftsfähige Kirche ins Gespräch kommen will. Darüber hinaus sind die Teilnehmer eingeladen über den Entwurf einer neuen Satzung für die synodale Mitwirkung in den Gemeinschaften der Gemeinden zu sprechen.



Viele erleben seit Jahren in ihren Pfarreien den Umbruch gewachsener volkscirchlicher Strukturen. Vertrautes verschwindet, Neues wächst zaghaft; Zuversicht wechselt mit Verunsicherung, Strukturdebatten verdunkeln manchmal die Freude am Glauben. Dennoch wissen wir alle: Die gewaltigen Veränderungen in unserer Kirche ebenso wie in unserer

Gesellschaft fordern von uns allen, Haupt- wie Ehrenamtlichen, Priestern wie Laien weiterhin eine Öffnung auf die Fragen unserer Zeit und die gemeinsame Suche nach Antworten.

In unserem Bistum sind wir auf diesem Wege bereits ein Stück weit gegangen. Die Weggemeinschaft von Pfarreien und der weiteren kirchlichen Orte hat in den Gemeinschaften der Gemeinden Gestalt angenommen; mit der Arbeit an den Pastorkonzepten stellt sich die „Kirche am Ort“ den Herausforderungen der Zeit.

Jetzt, zur Halbzeit der Wahlperiode, können die Pfarrgemeinderäte mit dem Bischof im gemeinsamen Gespräch bedenken, welche Aufgaben vor uns liegen, und uns mit ihm gemeinsam der Ermutigung aus dem Glauben vergewissern. Für die Pfarrgemeinderatstage stehen drei verschiedene Orte und Termine zur Auswahl an:

- Samstag, 11. Februar 2012: Jülich. Schlosskapelle. Gymnasium Zitadelle, In der Zitadelle, 52428 Jülich
- Samstag, 3. März 2012: Aachen. Heinrich-Heine-Gesamtschule, Hander Weg 89, 52072 Aachen
- Samstag 17. März 2012: Mönchengladbach. Bischöfliche Marienschule, Viersener Str. 209, 41063 Mönchengladbach

Mehr Informationen über die Kooperationsveranstaltungen von Diözesanrat der Katholiken und Hauptabteilung Pastoral/Schule/Bildung gibt es bei Franz Michels, Telefon 0241/452-214, franz.michels@dioezesanrat.bistum-aachen.de

Die Mitverantwortung von Laien sichert Zukunftsfähigkeit der „Kirche am Ort“

Entwürfe für künftige synodale Gremien gehen in die Konsultation

Nach fast einjähriger Arbeit hat die gemeinsame Arbeitsgruppe der Hauptabteilung Pastoral/Schule/Bildung im Bischöflichen Generalvikariat und des Diözesanrats die Entwürfe für die Regelwerke der zukünftigen synodalen Gremien der „Kirche am Ort“ vorgelegt.

Diese wurden zwischenzeitlich durch Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff zur Konsultation auf allen Ebenen des Bistums frei gegeben. Schon verbindlich vereinbart sind die Konsultationen in den diöze-

sanen Räten (Priesterrat, Pastoralrat und Diözesanrat der Katholiken) sowie im Rahmen der drei Pfarrgemeinderatstage im Februar und März 2012. Auch die regionalen Katholikenräte und der Diözesanverbänderat sind gebeten, geeignete Formen der Präsentation und Diskussion für ihre jeweiligen Gliederungen anzubieten.

Eine Auswertung der Rückmeldungen und die anschließende Beschlussfassung der Regelwerke durch die diözesanen Räte soll dann im Sommer erfolgen, damit die Grundlagen für die Ende 2013 anstehenden Wahlen im Herbst 2012 durch den Bischof in Kraft gesetzt und bekannt gemacht werden können.

Nach den vorliegenden Planungen sollen die bisherigen Pfarrgemeinderäte durch GdG-Räte (bisheriger Arbeitstitel) abgelöst werden. Gleichzeitig sollen Substrukturen ermöglicht werden, durch die lebendiges Gemeindeleben unterstützt und andere kirchliche Orte und Akteure

(z. B. Krankenhauseelsorge, örtliche Verbandsgruppen u.v.m.) eingebunden werden.

Allen Beteiligten ist klar, dass den ehrenamtlichen Laien verstärkte Mitverantwortung, bis hin zur Übernahme von Leitungsaufgaben, übergeben werden muss, um die Zukunftsfähigkeit der Kirche am Ort zu sichern.

Die Vollversammlung des Diözesanrats ist dem Vorschlag des Vorstands gefolgt, die Vorstellung und ausführliche Beratung der Entwürfe in der Vollversammlung im Frühjahr 2012 einzuplanen, um die im Rahmen der PGR-Tage erhaltenen Rückmeldungen in die Beratungen einbeziehen zu können.

Außerdem sind die Vorstandsmitglieder im Rahmen ihrer zeitlichen Möglichkeiten gerne bereit, an Konsultationsveranstaltungen in Regionen oder GdG teilzunehmen und die Planungen gemeinsam zu erörtern. Kontakt: Franz Michels, Tel. 0241/452-214, franz.michels@dioezesanrat.bistum-aachen.de

Dialogprozess im Bistum Aachen startet

Bischof Mussinghoff stellt bei Vollversammlung des Diözesanrats die Dialog-Plattform vor

Die deutsche Kirche begibt sich, mit unterschiedlich starker Beteiligung der Diözesen, in einen mehrjährigen Dialogprozess. Das Bistum Aachen steigt nun ebenfalls in diesen Prozess ein. Bischof Dr. Heinrich Mussinghoff lädt offen zum Dialog ein und stellte bei der Herbstvollversammlung des Diözesanrats der Katholiken vor, wie er diese Einladung und den Dialog versteht.

„Unsere Kirche wird ihre schwierige Situation nur meistern können, wenn sie sich zum Dialog macht“, stellte der Bischof zu Beginn fest. Er wolle Dialog als zielorientierten Weg, als transparenten Prozess und als inhaltsbezogene Kommunikation. Grundlage dafür ist eine so genannte „Dialog-Plattform“, welche nach Beratungen in der Gemeinsamen Konferenz sowie im Diözesanpriesterrat, Diözesanpastoralrat und Diözesanrat der Katholiken in Kraft gesetzt wurde.

Einige Stichworte des Bischofs dazu, zitiert aus einer schriftlichen Vorlage:

- „Der Dialog soll uns in den lebendigen Austausch darüber führen, wie wir heute leben und glauben können.“
- Im Dialog suchen wir gemeinsam, wie heute Gottes Wort am Menschenort ‚Hand und Fuß bekommen‘ kann.
- Der Dialog soll uns fragen lassen, welche konkrete Gestalt die Kirche heute haben muss, damit in ihr Gottes- und Nächstenliebe Raum greifen können.
- Der Dialog soll uns zu vertieftem Wertschätzen der verschiedenen Talente und Charismen, Ämter und Dienste in der Kirche führen.
- Der Dialog hat das Ziel, Schritte zu einem anderen Umgang mit Macht in der Kirche anzubahnen.
- Der Dialog will verloren gegangenes Vertrauen innerhalb und außerhalb der Kirche zurückgewinnen.“

Der Bischof skizzierte drei grundlegende „mitlaufende Perspektiven“, die er gerne im Dialog berücksichtigt sähe:

- „Bezug herstellen zu den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Würzburger Synode (‚Relecture‘),“
- Bezug herstellen zur Herausforderung einer missionarischen Ausrichtung der Pastoral, insbesondere in den Gemeinschaften der Gemeinden,
- Bezug herstellen zur Frage der sozialen und politischen Verantwortung der Kirche.

Der Diözesanrat der Katholiken wird den Prozess im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv begleiten und mitgestalten. Er unterstützt die Dialog-Plattform als inhaltliche Basis und begrüßt alle Mitwirkenden aus Pfarreien, GdG und Verbänden. Der offene Charakter, der auch Fern- und Außenstehende einschließt, ist ihm wichtig, wie auch die Einbindung in diözesane Strukturen, Entwicklungen und Projekte.

Trauer um Wolfgang Tambornino

Wolfgang Tambornino ist tot. Fassungslos hören wir die Botschaft von seinem tragischen Unfall. Und trauern um einen einzigartigen Menschen, der uns auf unserem weiteren Weg fehlen wird.

Viele Schritte sind wir gemeinsam gegangen mit diesem Eifeler Christen, der so vieles Gutes in seiner Heimatregion angestoßen und aufgebaut hat, mit viel Tatkraft und Herzblut.

Wolfgang Tambornino hat mit seinem Einsatz gezeigt, dass Solidarität mehr sein kann als ein Wort. Er hat sich unermüdet für ein menschenwürdiges Leben für alle engagiert. Dafür danken wir.

Mehr Gerechtigkeit ist etwas, das man nur beharrlich und mit viel persönlichem Einsatz in vielen kleinen Schritten voranbringen kann. Diese Überzeugung hat uns viele Jahre verbunden.

Wir sind traurig, dass wir diesen liebenswürdigen, lebensfrohen und gestaltungsfreudigen Wegbegleiter verloren haben, und fühlen mit seiner Frau und seinen Kindern.

Unser Mitgefühl gilt auch den Mitstreiterinnen und Mitstreitern in den Eifeler Sozialprojekten und nicht zuletzt den jungen Leuten, die Wolfgang Tambornino gestärkt und gefördert hat.

merinnen und Teilnehmern zusammen, um einen gemeinsamen Leitsatz des Forums zu formulieren. Auch diese Aufgabe regte zum gemeinsamen Diskutieren an. Das Ergebnis war, dass sich die einzelnen Leitsätze inhaltlich sehr stark ähnelten und sich nur durch Begrifflichkeiten voneinander unterschieden.

Bei der Schluss-Reflexion wurde deutlich, dass einige Mitglieder der drei Werkstätten mit einem Unbehagen zu dem Forum-Termin gekommen waren. Dieses bestätigte sich nicht. Die Veranstaltung endete mit einem positiven gemeinsamen Konsens und man war sehr erfreut über die gute Zusammenarbeit zwischen den einzelnen inhaltlichen Positionen. Das Forum „Gerechte Welt“ wurde an dem Abend ein Ort, an dem man offen über Themen sprechen konnte und auch „offen“ zugehört wurde. Neue (Er-) Kenntnisse standen bei den Diskussionen im Vordergrund. Diese Arbeitsweise möchte man beim nächsten Treffen des Forums, im Januar 2012 weiterführen.

Nicole Gabor, Referentin beim Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen



Impressum

Herausgeber:
Diözesanrat der Katholiken
im Bistum Aachen
Klosterplatz 4, 52062 Aachen
Tel. 02 41 / 452 - 251
Fax 02 41 / 452 - 252
www.dioezesanrat-aachen.de

Redaktion: Heinz Backes, Thomas Hohenschue (thh), Melanie Kugelmeier, Franz Michels (v.i.S.d.P.,fm), Renate Müller, Karl Weber

Layout und Druck: phasezwei,
www.phasezwei.biz

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Bildnachweis: Thomas Hohenschue (S. 1, 9, 14), alle übrigen privat.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge.

Guter Start in die gemeinsame Arbeit

Bericht aus der ersten Sitzung des Forums „Gerechte Welt“

Am Donnerstag den 20. Oktober 2011 trafen sich Mitglieder der ehemaligen Werkstätten „Umwelt/Natur“, „Migration/Integration“ und „Eine Welt/Kolumbien“, um sich mit der Zukunft des Forums „Gerechte Welt“ auseinanderzusetzen. Die Veranstaltung wurde von Prof. Dr. Norbert Frieters geleitet, der durch seine kreativen methodischen Ansätze die Gruppe zu neuen Erkenntnissen führte.

Am Anfang der Veranstaltung lernten sich die Mitglieder der einzelnen Werkstätten näher kennen. Dabei ging es nicht nur um ihre Werkstätten-Zugehörigkeit, sondern vor allem um ihre persönliche Motivation, sich mit einem Thema auseinanderzusetzen. Anhand politischer Ereignisse im letzten Jahrhundert, die in einer Zeitleiste vorgestellt wurden, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gravierende Ereignisse im ihrem Leben mit ihrem Interesse an verschiedenen Inhalten erläutern, die das Forum unter sich vereint.

Danach setzten sie sich in den ehemaligen Werkstätten zusammen und erarbeiteten Themen sowie Aufga-

bensschwerpunkte, die für sie eine wichtige Rolle im aktuellen weltlichen Geschehen darstellen. Die Werkstatt „Umwelt/Natur“ stellte zum Beispiel Thematiken wie Klimawandel und Fairer Handel zusammen. Die Werkstatt „Eine Welt/Kolumbien“ sammelte Inhalte wie Kolumbien-Partnerschaft und Menschenrechte. Die Werkstatt „Migration/Integration“ zeigte Thematiken wie Frontex/Europäische Grenzpolitik sowie Vertreibung durch Krieg oder Armut auf. Die ganze Palette an Anliegen wurde an einer große Weltkarte befestigt.

Dann begannen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Verbindungen und Zusammenhänge zwischen den Thematiken einzuzeichnen. Der Sinn der Übung, dass die unterschiedlichen Themen miteinander zusammenhängen, wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur optisch vorgeführt. Es entstand bei den einzelnen Personen eine globale Sicht und Einsicht durch die Diskussionen in den Gruppen und durch die methodische Aufgabe mit der Weltkarte.

Zum Schluss setzten sich die Teilneh-